

Die „Zeitung“ erscheint...

und nachmittags...

Die entsprechende...

STREIF

Berliner Organ

Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Demokratie oder Diktatur im Reich der Schule.

F. M. ... erzählte ein Erlebnis: In einem Eisen...

Eine allgemeine Bekanntschaft, nicht wahr? Es ist...

Sogar die liberalen ...

Der Herr ...

Neue Pläne der Gegenrevolution.

Ostpreußen als Aufmarschgebiet.

Die „Telegraphen-Union“ verbreitet aufsehenerregende...

Es ist bekannt, daß trotz aller regierungsförmlichen...

Unerschrocken ist es, daß solche umfangreichen Truppen...

Von der Regierung und vor allem von dem Reich-

terverordne niemand verhindert hat, daß die deutsch-

Regierung aber und Parlament lassen unsere Jugend...

Demokratie, Wahrung bestehender Rechte, Schöpfung...

wehrrminister verlangen wir, daß sie sich unzweifelhaft...

Die russisch-finnischen Friedensverhandlungen.

Aspenhagen, 30. Juni. Einem Telegramm aus Helsingfors zufolge sind die Waffen-

Die Londoner Verhandlungen.

Amsterdam, 30. Juni. Den „Times“ zufolge hat Krasin gestern neuerdings eine...

Die Lage in Italien.

Ablehnung des allgemeinen Ausstandes.

Rom, 30. Juni. Die sozialistische Parteileitung und das Bureau des all-

leitende Stellen gelangt, hätte dieser Zufall nicht die üb-

Diese Leute sind nur Diktatur gewöhnt. Sie...

Damit war die Überzeugung gewacht: alles ist nur ein...

Glaube man doch nicht, daß die ganze wilde Opposition...

...nehmen sich wie unersorgene Jungen einem Wadaden Lehrer gegenüber.

Ein tiefes Aufpassen, ein mutiger Griff in das Wesentliche würde genügen. Aber zu diesem Griff sind die Regierungen, ist vor allem die preussische Regierung unfähig aus Respekt vor „demokratischen Grundätzen“.

Dann — wenn andere Leute an die Stelle der alten Machthaber getreten sind, dann könnte man demokratische Grundätze versuchen. Heute aber löst man ersticken, totkrampeeln, vergiften, was noch hoffnungsvoll in der deutschen Jugend ist.

Und das deutsche und preussische Parlament, in dem die Sozialdemokraten die stärkste Partei sind und mit den Demokraten die Mehrheit haben, sagt Ja und Amen dazu, wenn alles, was Sozialismus, Republik und Demokratie heißt, auf deutschen Schulen bespuckt und verleumdet wird.

„Demokratie.“

Vor einigen Tagen erst ist Herr Roske, einer von den Männern, die das allergrößte Vertrauen im Volke genießen, der Mann, der von der Arbeiterkassette ohne Unterschied der Parteirichtung wegen seiner Taten aus tiefster Seele geliebt wird, Roske, der bisher in jeder Beziehung keine Unfähigkeit bewiesen hat, zum Oberpräsidenten von Hannover ernannt worden.

Jetzt wird mitgeteilt, daß die preussische Regierung den Parteisekretär Schlemminger zum Landrat im Kreis Niederbarnim und den früheren Abgeordneten Thiele zum Landrat des Saalkreises ernannt habe. Ist es an sich schon ein widerwärtiger Zustand, daß solche Posten noch durch Ernennungen besetzt werden, so wirkt die Ernennung des Herrn Thiele zum Landrat von Halle geradezu wie ein Skandal.

Das ist die Demokratie, wie sie die Koalitionregierung mit den Rechtssozialisten an der Spitze versteht. Demokratie in Wänschbüchlein!

Agrarische Gesetzesverdrücker.

Der Brandenburgische Landbund in Berlin hat eine Eingabe an das Reichsfinanzministerium gerichtet, worin er sagt, daß der Lohnabzug unter den heutigen Verhältnissen undurchführbar sei. Bei der vorwiegend noch sehr einfachen Denkungsart des Landarbeiters empfinde er ihn als Schikane des Unternehmers, in gleicher Linie arbeite die radikale Hege, die mit dem Generalarbeitertreue drohe.

Die Mangel.

Von Hermannia zur Mühlen.

Es ist bereits spät. Allmählich erwachen die Lichter in dem kleinen Hotel dritten Ranges, die fernenden Schritte auf dem Korridor vernehmen, die Gäste schlafen. Draußen vor meiner Tür hebt ein widerliches, schreielles Wecheln an; rechtwähliche, lästliche Töne. Das ist die Mangel; fast täglich ist sie die letzte Stimme, die durch das Haus klingt.

Wann bist du heute morgen aufgestanden? Um sechs, und dann bist du eilig in die Küche gelaufen, hast dort geholfen, hast dann die Frühstücksbrotchen durchs Haus getragen, treppauf, treppab. Dann mußt du die Zimmer machen, bis zum Mittag, der neue Arbeit bräute.

Wo ist der Nachmittags Einkommen? Du weicht es fähst nicht; hier eine Arbeit, dort eine Arbeit, immer wieder hat dich jemand gerufen, so ging's bis zum Abendbrot. Wieviel Geld hast du es doch zum Aufwachen kaum wird man damit fertig. Und wenn endlich alles erledigt ist, wartet noch die Wäsche auf dich.

So geht es Tag um Tag. Wo ist deine Jugend? Du bist schwach und schaust, nach fünf Jahren dieses Lebens, wie desiglig aus. Und was bekommst du dafür? Zwanzig Mark im Monat und die Teilgelde, die in einem Hotel dreites Ranges nicht hoch ausfallen.

Zwischen zwei Seufzern der Müdigkeit — einem des Verzweifelns, wenn du a. Hoffst, einem des Abends, wenn du dich ins Bett schließt, vergeht dein Leben. Du bist jung und weicht es kaum. Doch du wirst alt, noch zu sein? Hast ja nicht einmal Zeit über dein Leben an zu denken.

Die Höhe um den Steuerabzug erhöhen. Bei den Wucherpreisen, die sie mit ihren Erzeugnissen erzielen, und bei den niedrigen Löhnen, die in der Landwirtschaft immer noch bezahlt werden, würde ihnen das nicht schwer fallen. Daran denken sie aber nicht, und nun kommt das besonders Neuzugewinnende ihrer Handlungsweise. Sie erklären einfach, daß sie eine durch ein Gesetz festgelegte Maßnahme nicht durchführen und belanden dadurch, daß für sie die Autorität des Staates nur so lange etwas gilt, als sie ihren Interessen entspricht.

Wird das Reichsfinanzministerium den Mut aufbringen, gegen diese agrarischen Gesetzverdrücker etwas zu unternehmen?

Ungeheure Munitionsmengen in Königsberg.

Das Reichswehrministerium hat bisher stets bestritten, daß es in Ostpreußen größere Mengen von Waffen und Munition angehäuft hat. Erst die Explosionskatastrophe auf dem Artillerie-Depot in Kottenstein bei Königsberg war notwendig, um die Wahrheit ans Tageslicht zu bringen.

„Das Artillerie-Depot in Kottenstein war in unverantwortlichem Umfang mit Munition und Pulver überlegt. Eine große Anzahl von Geschossmagazinen mit einer zulässigen Aufnahmefähigkeit von 30 000 Geschossen waren mit 130 000 Geschossen, also um 100 000 Geschosse überlegt. Zwei große Pulverschuppen, die in Friedenszeiten höchstens 10 000 Kilogramm Pulver enthalten durften, waren mit 200 000 Kilogramm Pulver, also zwanzigfach überlegt. Der Sicherheitsabstand der einzelnen Geschossmagazine genügte wohl für die normale Belegung mit 30 000 Geschossen, war aber für die um 100 000 Geschosse überlegten Magazine viel zu gering.“

Die ungenutzten, beim Artillerie-Depot anliegenden Pulvermagazine, darunter große Mengen besonders leicht explosiblen russischen Feuerpulvers, konnten in den Pulvermagazinen nicht mehr untergebracht werden und wurden nun in dem ehemals schon zu geringen Sicherheitsabstand zwischen den Munitionsmagazinen einfach im Freien aufgeschüttelt.

Die ungenutzten, beim Artillerie-Depot anliegenden Pulvermagazine, darunter große Mengen besonders leicht explosiblen russischen Feuerpulvers, konnten in den Pulvermagazinen nicht mehr untergebracht werden und wurden nun in dem ehemals schon zu geringen Sicherheitsabstand zwischen den Munitionsmagazinen einfach im Freien aufgeschüttelt.

Die ungenutzten, beim Artillerie-Depot anliegenden Pulvermagazine, darunter große Mengen besonders leicht explosiblen russischen Feuerpulvers, konnten in den Pulvermagazinen nicht mehr untergebracht werden und wurden nun in dem ehemals schon zu geringen Sicherheitsabstand zwischen den Munitionsmagazinen einfach im Freien aufgeschüttelt.

Die ungenutzten, beim Artillerie-Depot anliegenden Pulvermagazine, darunter große Mengen besonders leicht explosiblen russischen Feuerpulvers, konnten in den Pulvermagazinen nicht mehr untergebracht werden und wurden nun in dem ehemals schon zu geringen Sicherheitsabstand zwischen den Munitionsmagazinen einfach im Freien aufgeschüttelt.

Die ungenutzten, beim Artillerie-Depot anliegenden Pulvermagazine, darunter große Mengen besonders leicht explosiblen russischen Feuerpulvers, konnten in den Pulvermagazinen nicht mehr untergebracht werden und wurden nun in dem ehemals schon zu geringen Sicherheitsabstand zwischen den Munitionsmagazinen einfach im Freien aufgeschüttelt.

Gegen den Ausnahmezustand in Gotha.

In der Dienstagssitzung der Gothaer Landtagsversammlung, in der die Bildung der neuen Regierung auf der Tagesordnung stand, beachteten die Unabhängigen Sozialdemokraten einen Dringlichkeitsantrag ein, den Reichspräsidenten zu ersuchen, den Ausnahmezustand sofort aufzuheben und den Reichskommissar Halle sofort abzurufen.

Und wenn du wagen solltest, von dem Gesetz zu sprechen, das dir eilige freie Stunden gewährt, so würde der Wirt dir bloß sagen, du kommst gehen, er fände ungünstige andere, die bereitwillig an deine Stelle träten. Denn der Wirt ist ein großer Herr, gehört er doch zum Stand der Revolutionsgewinnler, der jetzigen Herren des Landes — der Kleinsbürger.

So wie du stand wohl auch deine Mutter schon an der Mangel — vielleicht auch deren Mutter — verlor Jugend und Kraft, Leben und Glückseligkeit in harter, schicksalsgewaltiger Ironie. Wurde als vor der Zeit, ausgezogen, ausgebeutet.

Es muß nicht sein; heißt du, Mädchen, heißt derche ich mich nicht mehr, du hast zu viel Wäschehäufe untergelegt, die Kasse vermag mit ihnen nicht fertig zu werden. Du bist nicht die einzige, es gibt eurer unzählige in allen Städten und Dörfern, heißt ihr zusammen, wartet ihr eins, die Waise, die auch erdrückt, müßte stehen bleiben.

Der Kanonier Strejemann. Es war im Dezember 1910 oder Januar 1917. Sie stritten sich in Deutschland um den uneingeschränkten U-Bootskrieg und protestierten mit ihrem anmahenden, verlogenen „Friedensangebot“.

Es war im Dezember 1910 oder Januar 1917. Sie stritten sich in Deutschland um den uneingeschränkten U-Bootskrieg und protestierten mit ihrem anmahenden, verlogenen „Friedensangebot“.

Es war im Dezember 1910 oder Januar 1917. Sie stritten sich in Deutschland um den uneingeschränkten U-Bootskrieg und protestierten mit ihrem anmahenden, verlogenen „Friedensangebot“.

...den neun Stimmen abgeben die Unabhängigen dann folgende Erklärung ab:

„Durch die Verhängung des Ausnahmezustandes und durch die Einsetzung des Reichskommissars in Gotha sind rechts- und verfassungsgemäße Rechte der Landesversammlung und jeglichen Landtags und jeglichen Landtags abgelehnt. Die Rechte der Landesversammlung und jeglichen Landtags sind bedroht, die Freiheit der Beamten ist bedroht, die Arbeit zu beteiligen. Sie wird ihre parlamentarische Mitarbeit abzugeben, und macht die weiteren Verhandlungen, ungemessen und durch dem Gehirne des Freiwilligen Zustande einung, sind verlegt. Die Freiheit eingeschränkt, zeigen sich darin eine achtete des Landes der parlamentarischen Arbeit abzugeben den Saal vor allem die Regierungsbildung, unmöglich.“

Zur Regierungsbildung in den Einzelstaaten.

Durch die Landtagswahlen in den Einzelstaaten wurden unsere Genossen in Mecklenburg und in vor die Frage gestellt, ob sie gewählt seien. Die Demokratie eine Regierung zu bilden, da die Mehrheit in beiden Ländern nicht ergab.

Die Mecklenburger Genossen konnten am 1. Dezember in Schwerin, die Thüringer am 1. Dezember in Erfurt. Im Auftrag des Reichskommissars an beiden Konferenzen der Genosse Stöcker einleitend über die politische Lage, die Regierungsbildung und den Einigungsplan. In Mecklenburg unseren Genossen völlige Einmütigkeit darüber, mit bürgerlichen Demokraten nicht in Frage zu stellen.

Die Thüringer Genossen beschlossen, sehr sachlich geführter Debatte gegen wenige Stimmen, eine eventuelle Einforderung, mit den Demokraten eine Regierung zu bilden, abzulehnen. Die neue Regierung wurde beauftragt, für den Fall der Aufforderung, die Erhaltung ihres grundsätzlichen Standpunktes zur parlamentarischen Regierungssystem als Ziel zu verfolgen.

Am 25. Juni wurde den bei den Spruchkammern, die 15. März betreuenden Thüringen in Bezug gebracht. Bei der Beurteilung der einzelnen Streitfälle in den Thüringen der Reichspräsidenten die volle Summe auszusprechen, die der noch nicht als niedrigen Dingen ist aber von der keine Rede. Das liegt im Sinne des Reichspräsidenten, ist ferner fraglich, ob bei einer bereitwilligen Verhandlung Anlegen ein Amt als Reichspräsidenten noch annehmen werden. Für und ist nicht die Frage zu überlegen, ob das Gesetz für zwei Weisungen einer Spruchkammer die 10prozent Abzüge fordert und für die zwei anderen nicht annehmen die Lösung es lediglich auf die moralische Wirkung der Fälle an.

Der gerechte Steuerabzug.

Am 25. Juni wurde den bei den Spruchkammern, die 15. März betreuenden Thüringen in Bezug gebracht. Bei der Beurteilung der einzelnen Streitfälle in den Thüringen der Reichspräsidenten die volle Summe auszusprechen, die der noch nicht als niedrigen Dingen ist aber von der keine Rede. Das liegt im Sinne des Reichspräsidenten, ist ferner fraglich, ob bei einer bereitwilligen Verhandlung Anlegen ein Amt als Reichspräsidenten noch annehmen werden.

Am 25. Juni wurde den bei den Spruchkammern, die 15. März betreuenden Thüringen in Bezug gebracht. Bei der Beurteilung der einzelnen Streitfälle in den Thüringen der Reichspräsidenten die volle Summe auszusprechen, die der noch nicht als niedrigen Dingen ist aber von der keine Rede. Das liegt im Sinne des Reichspräsidenten, ist ferner fraglich, ob bei einer bereitwilligen Verhandlung Anlegen ein Amt als Reichspräsidenten noch annehmen werden.

Am 25. Juni wurde den bei den Spruchkammern, die 15. März betreuenden Thüringen in Bezug gebracht. Bei der Beurteilung der einzelnen Streitfälle in den Thüringen der Reichspräsidenten die volle Summe auszusprechen, die der noch nicht als niedrigen Dingen ist aber von der keine Rede. Das liegt im Sinne des Reichspräsidenten, ist ferner fraglich, ob bei einer bereitwilligen Verhandlung Anlegen ein Amt als Reichspräsidenten noch annehmen werden.

Am 25. Juni wurde den bei den Spruchkammern, die 15. März betreuenden Thüringen in Bezug gebracht. Bei der Beurteilung der einzelnen Streitfälle in den Thüringen der Reichspräsidenten die volle Summe auszusprechen, die der noch nicht als niedrigen Dingen ist aber von der keine Rede. Das liegt im Sinne des Reichspräsidenten, ist ferner fraglich, ob bei einer bereitwilligen Verhandlung Anlegen ein Amt als Reichspräsidenten noch annehmen werden.

Am 25. Juni wurde den bei den Spruchkammern, die 15. März betreuenden Thüringen in Bezug gebracht. Bei der Beurteilung der einzelnen Streitfälle in den Thüringen der Reichspräsidenten die volle Summe auszusprechen, die der noch nicht als niedrigen Dingen ist aber von der keine Rede. Das liegt im Sinne des Reichspräsidenten, ist ferner fraglich, ob bei einer bereitwilligen Verhandlung Anlegen ein Amt als Reichspräsidenten noch annehmen werden.

Am 25. Juni wurde den bei den Spruchkammern, die 15. März betreuenden Thüringen in Bezug gebracht. Bei der Beurteilung der einzelnen Streitfälle in den Thüringen der Reichspräsidenten die volle Summe auszusprechen, die der noch nicht als niedrigen Dingen ist aber von der keine Rede. Das liegt im Sinne des Reichspräsidenten, ist ferner fraglich, ob bei einer bereitwilligen Verhandlung Anlegen ein Amt als Reichspräsidenten noch annehmen werden.

Am 25. Juni wurde den bei den Spruchkammern, die 15. März betreuenden Thüringen in Bezug gebracht. Bei der Beurteilung der einzelnen Streitfälle in den Thüringen der Reichspräsidenten die volle Summe auszusprechen, die der noch nicht als niedrigen Dingen ist aber von der keine Rede. Das liegt im Sinne des Reichspräsidenten, ist ferner fraglich, ob bei einer bereitwilligen Verhandlung Anlegen ein Amt als Reichspräsidenten noch annehmen werden.

Am 25. Juni wurde den bei den Spruchkammern, die 15. März betreuenden Thüringen in Bezug gebracht. Bei der Beurteilung der einzelnen Streitfälle in den Thüringen der Reichspräsidenten die volle Summe auszusprechen, die der noch nicht als niedrigen Dingen ist aber von der keine Rede. Das liegt im Sinne des Reichspräsidenten, ist ferner fraglich, ob bei einer bereitwilligen Verhandlung Anlegen ein Amt als Reichspräsidenten noch annehmen werden.

Am 25. Juni wurde den bei den Spruchkammern, die 15. März betreuenden Thüringen in Bezug gebracht. Bei der Beurteilung der einzelnen Streitfälle in den Thüringen der Reichspräsidenten die volle Summe auszusprechen, die der noch nicht als niedrigen Dingen ist aber von der keine Rede. Das liegt im Sinne des Reichspräsidenten, ist ferner fraglich, ob bei einer bereitwilligen Verhandlung Anlegen ein Amt als Reichspräsidenten noch annehmen werden.

Am 25. Juni wurde den bei den Spruchkammern, die 15. März betreuenden Thüringen in Bezug gebracht. Bei der Beurteilung der einzelnen Streitfälle in den Thüringen der Reichspräsidenten die volle Summe auszusprechen, die der noch nicht als niedrigen Dingen ist aber von der keine Rede. Das liegt im Sinne des Reichspräsidenten, ist ferner fraglich, ob bei einer bereitwilligen Verhandlung Anlegen ein Amt als Reichspräsidenten noch annehmen werden.

Morgen u. Donnerstag abend, öffentl. Volksversammlungen

Die Lokale werden in der nächsten Nummer bekanntgegeben.

Das Problem der Internationale.

Unter diesem Titel schreibt der französische Genosse Renaud in der wieder, um damit Genossen zur Freundschaft zu gewinnen. Der in dem Artikel erwähnte Vertreter der Unabhängigen ist der Genosse Roenen. Der Artikel lautet:

Der Straßburger Kongress hatte der Commission administrative ein doppeltes Mandat gegeben: 1. Ohne in Verhandlungen mit den anerkannten Internationalen zu treten und 2. in Uebereinbarung mit den unabhängigen Sozialisten Deutschlands, der italienischen Partei eine Konferenz vorzubereiten, die die dritte Internationale bilden, und alle die, die sich dem Prinzipien des Sozialismus zu fügen, in Verbindung zu bringen.

Wo ist die genaue Ausführung des Programms? Ich werde nicht ausführlich darauf eingehen, sondern mich mit dem Inhalt der Verhandlungen befassen. Der erste Teil des Programms ist folgendermaßen gefaßt: Daniel Renaud hat sich in Italien mit den italienischen Genossen getroffen und hat sie von unseren Absichten unterrichtet. Die Vertreter, die schon der dritten Internationale angegeschlossen sind, scheinen unseren Vorschlägen nicht geneigt zu sein.

Es bleibt also nur noch übrig, die Schweizer Genossen und die deutschen Unabhängigen zu befragen. Das war der Gegenstand meiner Mission in Bern. Die Zusammenkunft, von der ich am Anfang dieses Artikels sprach, fand also am Hauptort der Schweizer Partei statt.

Tatsächlich hatte der Delegierte der Unabhängigen über die Frage kein festes Mandat. Seine Informationen und Erklärungen hatten trotzdem lebhaftes Interesse. Er hat die Erklärungen, die Crispian Prossard über die Beschlüsse des Kongresses in Leipzig gegeben hat, bestätigt, die ungefähr denen unseres Kongresses in Straßburg ähneln. Er hat hinzugefügt, daß eine Delegation der Unabhängigen, bestehend aus Dänmög und Goldstein, nach Moskau gehen würde, wo sie sich wahrscheinlich mit der französischen Delegation treffen würde, und daß es unter diesen Umständen vernünftiger sei, die Mächte unserer Kommoden aus Rußland abzuwarten, bevor man Beschlüsse faßt.

Wir haben uns einstimmig dieser Ansicht angeschlossen. Als wir zum Abschied, nach eintägigen Konferenzen, haben wir diese beiden Genossen eingeladen. Seitens der Möglichkeit der Uebereinstimmung mit Moskau. In diesem Fall sollte eine allgemeine Konferenz sobald wie möglich abgehalten werden, umfassend alle Parteien der dritten Internationale und die, die die zweite verlassen haben. Das wäre meiner Ansicht nach die glücklichste Lösung, denn damit wäre ein großer Schritt zu der notwendigen Wiedererrichtung der sozialistischen Internationale getan.

Aber wenn die Verhandlungen, die jetzt in Moskau stattfinden, mit einem Mißerfolg enden, wenn das Exekutivkomitee der kommunistischen Internationale die Bedingungen der Antwort vom 6. Februar 1920 wiederholt, die Sinowjew den deutschen Unabhängigen gegeben hat, d. h. wenn es kategorisch jede Zusammenkunft mit den Führern des radikalen Flügel der Unabhängigen und der Komunisten zurückweist, die die Bewegung in den künftigen Kampf der zweiten, großen Internationale führen?

Wenn es so wäre, würde die Spaltung der Internationale noch verschärft werden und unsere immer und höhere Zerstückelung würde zur größten Freude der bürgerlichen Reaktion in aller Ländern weiterbestehen. Wir werden dann auf die schwere Verantwortung überlassen. Aber selbst in diesem Fall würden wir unsere Bemühungen nicht aufgeben. Hier steht der Vorstoß zum Einmarsch ein, gegen den wir uns nicht zurückziehen werden. Die Delegierten der Schweiz, der Unabhängigen und der Komunisten werden sofort zusammentreten, um die Vorbereitung einer Konferenz der Parteien, die die zweite Internationale verlassen haben, vorzubereiten. In welchem Zweck? Um eine andere Internationale zu gründen? Keinesfalls. Allein dazu, das Problem der Internationale zu prüfen und neue und unabhässige Anforderungen zu machen, alle Schwierigkeiten zu beheben, die sich der Vereinigung des Weltproletariats auf der Basis des revolutionären Sozialismus entgegenstellen. Auf diesem Boden arbeiten wir mit unserer ganzen sozialistischen Uebereinstimmung.

Der Weltboykott gegen Ungarn.

Aus Wien wird uns geschrieben: Der Boykott gegen das Reich-Ungarn ist ein außerordentlich interessantes und wichtiges Ereignis in der Entwicklung des internationalen Massenkampfes. Es ist wohl zum ersten Male geschehen, daß die Kraft der Weltbewegung der ganzen Welt zur Verteidigung eines politischen Zweckes eingesetzt wird. Neben dem Völkerverbund und den beiden aktionsfähigen proletarischen Internationalen werden sich hier in Italien eine neue Internationale des Proletariats auf der Bühne des Weltgeschehens und was auch das Ergebnis dieses Kampfes sein wird, er ist ein viel verheißender Anfang. Deutschland hat sich mit einer Ueberfreudigkeit und einer Kraft in diesen Kampf gestürzt, der über allem Lob erhaben ist. Im bisherigen Verlauf des Kampfes haben sich gewisse soziale Erscheinungen gezeigt, die für alle Machtkämpfe des Sozialismus von größter Wichtigkeit sind und darum hervorgehoben werden sollen.

Die Ausführung des Boykottbeschlusses ist teilweise sozialistischen Organen zu. Ein allerdings teilweise kleiner Teil der Eisenbahn- und Telegraphenbeamten verweigerte die Ausführung des Boykotts mit der Begründung, daß sie ihren Dienst versehen müssen und nur dann den Boykott ansühren, wenn das Staatsamt sie dazu auffordert. Dies war der Fall auf der Wiener Ostbahn. Die ganze Arbeiterschaft der Ostbahnlinien trat daraufhin in den Streik, der ganze Verkehr wurde eingestellt, darauf

zogen die Beamten ab, Arbeiter und befristete Beamte übernahmen ihren Dienst und der Verkehr wird nun ohne irgendwelche Störungen ohne die Beamten aufrechterhalten und so der Boykott durchgeführt. Natürlich ist die Voraussetzung dieses Vorgehens, daß die Regierung so stark unter dem Einfluß der Arbeiterschaft stehe, wie es in Deutschland tatsächlich der Fall ist. Die Beamten formulierten die Streikfrage wie folgt: Welchen Befehl ist zu befolgen, der des Staates oder der des Gewerkschaftsbundes? Vorherhand erwies sich der Gewerkschaftsbund als der Stärkere.

Die ganze Maschinen- und Kapitalistische Presse aller Schattierungen wurde zur Rettung der ungarischen Regierung in Bewegung gebracht. Eine Flut von Lügen und Verleumdungen ergoß sich in der kapitalistischen Presse, die geeignet war, den Willen und die Ausdauer der Arbeiterschaft zu brechen und durch die gefährdeten Interessen der Spießbürger eine starke Stimmung gegen den Boykott zu schaffen. Obwohl der Gewerkschaftsbund sich in erster Reihe an die Transportarbeiter wandte, sagten sich doch die Buchdrucker, daß durch die insame Propaganda der Wille der beteiligten Arbeiter geschwächt und die Durchführung des Boykotts gefährdet werden kann und so schickten die Buchdrucker und Seher in Steiermark den Beschluß, während des Kampfes keine Lügennachrichten und Vorhörungen günstige Meldungen zu senden. Die Fortschrittspresse in Steiermark ist darauf hin geworben und in einem Teile der Wiener Presse machen sich auch gewisse Anzeichen eines Stimmungswechsels bemerkbar. Die Frage ist von großer prinzipieller Bedeutung, denn sie zeigt, daß in entscheidenden Kämpfen die Arbeiterschaft und besonders die Arbeiterschaft der geistigen Produktionsindustrien, Seher und Buchdrucker, ihre Beherrschung des Produktionsprozesses zu einer politischen Machtposition ersten Ranges ausbauen können.

Der Spießbürger und seine Ökonomie.

Der „Vorwärts“ widmet in seiner gestrigen Abendausgabe dem politischen Spießbürgertum einen größeren Beitrag. Der Aufsatz wäre schön und gut, wenn er sich nicht auf das Deutschland bezöge, das an der Spitze der Welt steht. Wenn es also in Deutschland heute noch „ehrenwerte Subjekte“ gibt, die für Geld oder aus privater Leidenschaft zu jeder Schurkelei, zu jedem Verrat fähig sind, so tragen dafür die Männer die Verantwortung, die bis vor wenigen Tagen an der Spitze der Regierung standen und dem Spießbürgertum die Möglichkeit zu seiner verbrecherischen Betätigung gaben. Der „Vorwärts“ aber tut so, als habe seine Partei an der bisherigen Regierung keinen Anteil gehabt, als kämen die Spießbürger aus Bollenkuddeheim und seien für Bollenkuddeheim tätig. Deutschland schreibt das Wort:

In einem demokratischen Staatwesen mit einem demokratisch denkenden und empfindenden Volke ist das Spießbürgertum an sich überflüssig und wäre ein Fremdkörper.

Sehr richtig! Aber die Herren Heine, Mosse, Dieckhoff und Ernt haben das Spießbürgertum für einen höchst ehrenwerten Beruf gehalten und diesen Fremdkörper im freiesten Staate der Welt großgezogen. Sie haben den Spießbürgern nicht nur Aufträge überlassen und große Summen dafür bereitgestellt, sondern sie verwendet auch das Material dieser „verkommenen Subjekte“ bei ihrem Kampf gegen die Unabhängigen. Benützten es, um Schmach, Belagerungszustand und außerordentliche Kriegsgerichte zu rechtfertigen. Das Spießbürgertum ist nur möglich, wenn es einen Auftraggeber hat. Diese Auftraggeber waren aber seit dem 8. November keine Parteimitglieder aus der Putzammerischen Zeit, sondern ehrenwerte Parteimitglieder der Reichssozialisten und der „Vorwärts“ hat bisher diese Einrichtung für sehr lobenswert und nützlich gehalten, bis er jetzt auf einmal entdeckt, daß das, was seine Freunde verübten, eigentlich ein Verbrechen war.

Es bleibt dabei.

Vom Zentralverband der Angestellten, Ortsgruppe Berlin, wird uns geschrieben: Derberliche Maßnahmen sind nach Ansicht des Verfassers der „Freiheit“ vom 24. Juni 1920 die übereinstimmenden Beschlüsse des Hauptvorstandes und Ausschusses, die den Ausschluß von sechs Kollegen bewirkten.

Die Darstellung, die der Verfasser über die Verhältnisse in der Ortsgruppe Berlin des Zentralverbandes der Angestellten gibt, ist vollständig irreführend. Wer in den letzten Jahren die freigewerkschaftliche Angestelltenbewegung verfolgt hat, weiß, daß gerade unsere Ortsgruppe mit noch einigen anderen eine Oppositionsstellung im Gesamtverband einnahm und immer für schärfste Herausarbeitung der gewerkschaftlichen Grundzüge und gegen die Arbeitsgemeinschaften aufgetreten ist. Es muß darum geradezu lächerlich wirken, wenn die betreffenden Kollegen behaupten, daß ihr Ausschluß erfolgt ist, weil sie für eine Revolutionierung der Gewerkschaften eingetreten sind. Der Verfasser der „Freiheit“ hat vom 24. Juni führt mit dieser Behauptung einen allerdings erfolglosen Kampf gegen die Wahrheit.

Es muß wiederholt werden und wurde auch bei der Verhandlung vor dem Verbandsausschuß in Hamburg festgestellt, daß der Ausschluß erfolgt ist, weil die sechs Kollegen die Beschlüsse der Organisation wiederholt mißachteten und das Ansehen der Organisation in größtmöglicher Weise geschädigt haben.

In Uebereinstimmung mit dem Artikelverfasser befinden wir uns da, wo er bemerkt, daß die Opposition das Recht haben muß, innerhalb der Organisation ihren abweichenden Standpunkt zu vertreten. Von dieser Möglichkeit haben die Kollegen aber nach dem Angehörnis des Kollegen Dirck keinen Gebrauch gemacht, obwohl sie sechs Kollegen sogar der erweiterten Ortsversammlung angeschlossen. Ihre Tätigkeit beschränkte sich darauf, außerhalb der Organisation mit ihren eigenartigen Behauptungen gegen den Zentralverband der Angestellten zu Felde zu ziehen.

Durch ihr Verhalten haben die Kollegen sich selbst außerhalb der Organisation gestellt. Der Ausschluß der Mitglieder, die sich nach dem Statut mit der Angestelltenbewegung beschäftigen wollten, war nur die folgerichtige Bestrafung dieser Launen.

Der krasseste Versuch der ausgeschlossenen Kollegen, den Verbandsausschuß, den Ausschluß und die Beschlüsse der Ortsversammlung als einer willkürlichen Angelegenheit anzubehaupten, wird nach dieser Aufklärung bei der Arbeiter- und Angestelltenbewegung die richtige Würdigung finden.

Diese Hochachtung einer unerschütterlichen Maßnahme kann und nicht von unserem Standpunkt abbringen. Die Argumente, die der Zentralverband für den Ausschluß ins Feld führt, haben eine bedeutende Wirkung. Zunächst ist es überhaupt unmöglich, daß sich jemand selbst außerhalb der Organisation stellt. Das ist eine leere Redensart, die die Hochachtung während des Krieges gegen die Opposition auspielten. Dann beschäftigt uns nicht in erster Linie das persönliche Mißgeschick der ausgeschlossenen, sondern es handelt sich hier um ein Prinzip, das den Lebensnerv der Organisation trifft. Wenn auch in den Gewerkschaften nach der Revolution noch jeder bürokratische, gewalttätige Geist der bedingungslosen Unterordnung des einzelnen Mitgliedes unter die Organisationsleitung vorherrschend war, so liegt das, dem Syndikalismus und anderen destruktiven Elementen vor und für öffnen. Die Macht und Größe der gewerkschaftlichen Verbände gibt ihnen die Möglichkeit, sich mit anderen Mitteln als denen der Ausschließung mit opponierenden Mitgliedern auseinanderzusetzen.

Der Reichsausschuß im Reichstag. In der gestrigen öffentlichen Sitzung des Reichsausschusses stellte sich der neue Reichsausschuß Reichsbank dem Reichstag mit einer kurzen Rede vor. Er bezieht sich auf seine Programmrede im Reichstag, die seine Anschauungen über das Verhältnis zwischen Reich und Ländern zum Ausdruck gebracht habe. — In der Sitzung selbst wurde der Bescheid über die Entschädigung der Mitglieder des Reichstages angenommen. Sie erhalten jetzt monatlich 1500 Mark.

Das Ende der allgemeinen Porzellanfreiheit. Am 1. Juli löst die allgemeine Porzellanfreiheit auf. Zulässig für den freien Verkehr sind nur noch Porzellanfabriken der internationalen Besatzungstruppen, sowie der internationalen Rheinlandkommission; desgleichen beanspruchen Vereine im dienstlichen Verkehr der Post und im Postfach- und Kriegsgefangenenverkehr kein Porto. Die Reichsbehörden müssen in Zukunft ihre Sendungen mit besonderen Dienstmarken frei machen.

Amerikanisches Kohlenausfuhrverbot. Dem New Yorker Korrespondenten der „Times“ zufolge hat die amerikanische Staats-Handelskommission eine Verfügung erlassen, die in ihrer Wirkung auf ein Verbot der Kohlenausfuhr nach Europa hinauskommt. In der Verfügung wird bestimmt, daß die Staaten von Neu-England ein Vorzugsrecht auf Kohlen haben. Man erwartet aber, daß die Verfügung noch Änderungen erfahren wird.

Gewerkschaftliches.

Ein Paradies für launische Angestellte.

Unter dieser Ueberschrift berichtet „Der Reichsbankangehörige“, Zentralorgan des Reichsbankverbandes der Reichsbankangestellten, in Nr. 4 über das geringe Entgegenkommen der Direktion der Kur- und Reamärktlichen Ritterkassastellen gegenüber. Ueber die Gehälter der diesen Angestellten gezahlt werden, schreibt das Blatt folgendes:

Für männliche Angestellte werden gezahlt Sätze von 75 bis 400 M. im Monat. Hier muß aber erwähnt werden, daß ein Höchstgehalt von 400 M. von 50 männlichen Angestellten nur 9 beziehen, die übrigen beziehen Sätze, die sich in der Mehrzahl der Fälle zwischen 140—300 M. bewegen. Hinzu kommt noch eine Teuerungszulage von 25 Proz. und eine einmalige Zulage von 75 Proz. auf die Teuerungszulage, so daß sich das Höchstgehalt einschließlich der Zulagen auf 575 M., der Durchschnitt auf 187 bis 425 M. stellt.

Die weiblichen Angestellten erhalten im Durchschnitt 197 bis 295 M., einschließlich Teuerungszulagen. Das Höchstgehalt beträgt 375 M. pro Monat.

Wenn man diese Zahlen liest, wird man gewahr, an die „gute alte“ Zeit, in der solche Gehälter vielleicht ausreichend gewesen wären. Auch wir hätten demnach Gehälter nicht für möglich gehalten, wenn uns nicht einwandfreies Material zur Verfügung stände. Und da redet man beständig über die ärgerlichen Angestellten!

Aus der demokratischen Firma Rudolf Mosse.

Der Angestelltenverband des Buchhandels, Buch- und Zeitungsvertriebes schreibt uns: Die Angestellten der Berliner Annoncenexpedition stehen gegenwärtig in einer Tarifbewegung. Bei den Verhandlungen zeigte es sich, daß der Vertreter der Firma Rudolf Mosse alles darauf anlegte, die Tarifbewegung zu sabotieren. Verhandlungspunkte, über die Einigung erfolgte, wurden am anderen Tage von dem Herrn Vertreter der Firma Mosse glatt wieder zurückgezogen und die ganze Angelegenheit damit erheblich verzögert. Der Schlichtungsausschuß Groß-Berlin hatte sich mehrere Tage mit der Feststellung des Tarifes zu beschäftigen und er brachte es zum Ende, daß über einzelne Punkte Einigungen erfolgten. Als es aber daran gehen sollte, durch Unterschrift die Einigung festzulegen, verweigerte der Vertreter der Firma Rudolf Mosse förmlich die Unterschrift. Es steht wohl einzig da, daß ein Arbeitgebervertreter Zusagen macht, am Schluß der Verhandlungen aber alles wieder umstößt. Die Firma Rudolf Mosse legt immer großen Wert darauf, als demokratische Firma zu gelten, hält es aber nicht unter ihrer Würde, derartige Mandate zu erteilen. Es ist bezeichnend, daß von dem Verlog, bei dem die „Berliner Volksgesinnung“ erscheint, eine Niedertracht gegenüber der Angestelltenbewegung geübt wird, die ihresgleichen sucht. Wenn die Angestellten der Berliner Annoncenexpedition bis heute noch keinen Tarif haben, müssen sie sich bei der Firma Rudolf Mosse bedanken, die in der schäblichsten Weise gegen die Angestellten während der ganzen Dauer der Tarifverhandlungen aufgetreten ist. Der Vorgang zeigt mit aller Deutlichkeit, wie Worte und Taten einer demokratischen Firma, die doch Rudolf Mosse wohl sein will, zu bewerten sind.

Wie die Unternehmer die Koalitionsfreiheit respektieren.

Ein drastisches Beispiel, wie vom Arbeitgeberertum gegen die Arbeiter und Angestellten verfassungsmäßig garantierte Koalitionsfreiheit hinterlistig gearbeitet wird, beweist das Vorgehen des Deutschen Riasekai-Verkaufvereins, Berlin-Wilmersdorf, Kaiser-Allee 26, ein dem Deo-Kongress angehöriges Unternehmen. Bei dieser Firma besteht nämlich die Gepflogenheit, bei Bewerbungen von Angestellten bei der früheren Firma anzufragen, ob der Bewerber sich in letzterem Unternehmen

